

Landtag des Saarlandes

14. Wahlperiode



Pl. 14/30
26.01.12

30. Sitzung

am 26. Januar 2012, 09.00 Uhr, im Gebäude des
Landtages zu Saarbrücken

Beginn: 09.04 Uhr
Ende: 10.40 Uhr

PRÄSIDIUM:

Präsident Ley (CDU)
Erste Vizepräsidentin Ries (SPD)
Zweiter Vizepräsident Jochem (FDP)
Erste Schriftführerin Schramm (DIE LINKE)
Zweite Schriftführerin Willger (B 90/GRÜNE)
Dritte Schriftführerin Heib (CDU)

REGIERUNG:

Ministerpräsidentin und Ministerin der Justiz
Kramp-Karrenbauer (CDU)
Minister der Finanzen und (geschäftsführend) Minister
für Wirtschaft und Wissenschaft Jacoby (CDU)
Minister für Bundesangelegenheiten - Chef der
Staatskanzlei und (geschäftsführend) Minister für
Umwelt, Energie und Verkehr Storm
Minister für Inneres, Kultur und Europa und
(geschäftsführend) Minister für Bildung Toscani
(CDU)
Ministerin für Arbeit, Familie, Prävention, Soziales und
Sport und (geschäftsführend) Ministerin für Gesundheit
und Verbraucherschutz Bachmann

Zeitpunkt und Tagesordnung der heutigen Sitzung	2302	Präsident Ley: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 30. Landtagssitzung. Im Einvernehmen mit dem Erweiterten Präsidium habe ich den Landtag des Saarlandes zu seiner 30. Sitzung für heute, 09.00 Uhr, einberufen und für diese Sitzung die Ihnen vorliegende Tagesordnung festgesetzt.
Fristverkürzung zur Aufnahme des Tagesordnungspunktes 2 in die Tagesordnung ..	2302	Die fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben am Dienstag, dem 24. Januar 2012, einen gemeinsamen Gesetzentwurf zur Änderung des Landtagswahlgesetzes eingebracht und um Aufnahme auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gebeten. Es geht dabei um die Gestaltung des Wahlzettels. Das Verfassungsgericht hat den Aufbau dieses Wahlzettels für verfassungswidrig erklärt. Den Gesetzentwurf finden Sie als Drucksache 14/686 auf Ihren Plätzen vor.
1. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion und der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag auf Auflösung des Landtages gemäß Artikel 69 der Verfassung des Saarlandes (Drucksache 14/685)	2302	Nach § 33 der Geschäftsordnung beginnen die Lesungen frühestens am fünften Tage nach der Verteilung der Drucksache. Da diese Frist nicht eingehalten werden konnte, ist gemäß § 83 Abs. 1 des Landtagsgesetzes eine Beschlussfassung über die Abweichung von diesem Grundsatz notwendig. Für die Beschlussfassung ist eine Zweidrittelmehrheit der anwesenden Abgeordneten erforderlich.
Abg. Meiser (CDU) zur Begründung....	2302	Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Aufnahme des Gesetzentwurfs Drucksache 14/686 auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung und Behandlung in Erster Lesung ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann stelle ich fest - auch für das Protokoll -, dass der Gesetzentwurf Drucksache 14/686 mit den Stimmen aller anwesenden Abgeordneten und damit mit der erforderlichen Mehrheit als Punkt 2 in die Tagesordnung aufgenommen und in Erster Lesung beraten wird.
Abg. Lafontaine (DIE LINKE).....	2303	Wir kommen zu Punkt 1 der Tagesordnung:
Abg. Dr. Hartmann (FDP).....	2305	Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion und der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag auf Auflösung des Landtages gemäß Artikel 69 der Verfassung des Saarlandes (Drucksache 14/685)
Abg. Willger (B 90/GRÜNE).....	2306	Zur Begründung erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Klaus Meiser das Wort.
Abg. Maas (SPD).....	2307	Abg. Meiser (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CDU-Landtagsfraktion und die SPD-Landtagsfraktion haben gemäß Artikel 69 der Verfassung des Saarlandes die Auflösung des Landtages beantragt.
Abg. Meiser (CDU).....	2309	Ausgangspunkt hierfür war, dass die sogenannte Jamaika-Koalition aufgekündigt worden ist. Die Gründe hierfür konnte jeder öffentlich wahrnehmen. Die Sondierungsgespräche zwischen CDU und SPD ha-
Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer.....	2311	
Abg. Lafontaine (DIE LINKE).....	2314	
Abg. Jochem (FDP).....	2315	
Minister Jacoby.....	2316	
Namentliche Abstimmung, Annahme des Antrages	2317	
2. Erste und Zweite Lesung des von der CDU-Landtagsfraktion, der SPD-Landtagsfraktion, der DIE LINKE-Landtagsfraktion, der FDP-Landtagsfraktion und der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion eingebrachten Gesetzes zur Änderung des Landtagswahlgesetzes (Drucksache 14/686)	2317	
Abg. Meiser (CDU) zur Begründung....	2317	
Abg. Willger (B 90/GRÜNE).....	2318	
Abg. Meiser (CDU).....	2318	
Abstimmung, Annahme in Erster Lesung ..	2318	
Fristverkürzung zwischen der Durchführung der Ersten und Zweiten Lesung	2318	
Abstimmung, Annahme in Zweiter und letzter Lesung	2319	

(Abg. Meiser (CDU))

ben zu der gemeinsamen Überzeugung geführt, dass die beste Basis zur Lösung der Probleme unseres Landes eine stabile Regierung mit einem Wählerauftrag für fünf Jahre sein wird. Im Sinne der Handlungsfähigkeit unseres Landes wird deshalb der Weg für Neuwahlen heute frei gemacht. Ich denke, wer die öffentlichen Äußerungen von CDU, SPD, LINKEN und GRÜNEN wahrgenommen hat, der weiß, dass darüber in diesem Hause großes Einvernehmen besteht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und SPD.)

Präsident Ley:

Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat für BÜNDNIS - - Entschuldigung, das Wort hat für die Fraktion DIE LINKE Herr Oskar Lafontaine.

(Heiterkeit.)

Abg. Lafontaine (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident! Ich weiß, zu welcher Fraktion ich gehöre.

(Heiterkeit. - Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE): Ich war schon ganz überrascht.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir stehen heute vor einer historischen Entscheidung, denn die Auflösung des saarländischen Landtages ist in den letzten Jahrzehnten nicht beschlossen worden. Ich habe mir im Vorfeld dieser Sitzung noch einmal die Verfassung angesehen. - Ich muss einmal fragen, welche Redezeit ich habe.

Präsident Ley:

Die Dauer des Redezeitmoduls ist 14 Minuten.

Abg. Lafontaine (DIE LINKE):

Oh, dann muss ich mich beeilen.

(Heiterkeit.)

Die Auflösung des Landtages ist ja keine Selbstverständlichkeit. Die Verfassungsväter haben schon einige Hürden aufgebaut. Eine der Hürden ist, dass man zunächst davon ausgeht, dass beim Scheitern einer Regierung versucht wird, im Landtag eine neue Mehrheit zu finden. Das kann man, wenn man die Verfassung aufmerksam liest, feststellen. Wir haben im Vorfeld der Diskussion gehört, dass das nicht möglich ist, insbesondere deshalb nicht, weil bestimmte Leute nicht miteinander können. Ich möchte hier an das Parlament appellieren, das noch einmal zu überdenken. Politische Entscheidungen sollten nicht davon abhängig sein, ob man mit diesem oder mit jenem kann. Politische Entscheidungen sollten davon abhängig sein, auf welche Sachentscheidung man sich vereinbaren kann. Alles andere wäre Kin-

dergarten oder Sandkasten. Das sollte auch in diesem Parlament nicht der Fall sein.

Nun haben wir im Vorfeld gehört, dass wir nach der Landtagswahl eine Große Koalition haben. Das hat natürlich zu Verwirrung bei den Wählerinnen und Wählern geführt, denn zu Recht schreibt die Saarbrücker Zeitung - ich muss mich ja auf neutrale Instanzen berufen -,

(Vereinzelt Lachen)

das sei eigentlich gar keine richtige Wahl. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist natürlich auch ein Problem, denn viele Wählerinnen und Wähler werden sich die Frage stellen, warum sie dann zur Wahl gehen sollen, wenn sowieso alles feststeht. Dann reduziert sich das auf die Frage, wer Ministerpräsident wird. Das könnte man ja noch aus der Richtlinienkompetenz begründen, aber da ich dieses Amt einmal innehatte, möchte ich darauf hinweisen, dass bei zwei gleich starken Partnern das Amt des Ministerpräsidenten in keinem Fall die Richtlinienkompetenz zur Folge hat, sondern es ist so, dass beide Partner in etwa gleichgewichtig die Richtung der Politik bestimmen werden.

Was ist jetzt die eigentliche Entscheidung? Man könnte sagen, es geht darum, wem die Wählerinnen und Wähler mehr zutrauen, Frau Kramp-Karrenbauer oder Heiko Maas. Ich muss sagen - erschrecken Sie bitte nicht -, dass ich Heiko Maas weniger zutraue. Ich hätte ihm beispielsweise nicht zugetraut, den Vierten Pavillon so glänzend in Szene zu setzen. Das wollte ich hier einmal feststellen. Aber man wird sehen, wie die Wählerinnen und Wähler das alles beurteilen. Letztendlich läuft es auf die Große Koalition hinaus.

Nun hat der Kollege Meiser heute in einer Informationsanzeige der Fraktion festgestellt, es würden stabile Verhältnisse angestrebt. Hierzu möchte ich doch im Vorfeld der Wahlen einige Bemerkungen machen, weil ich die These aufstelle, das wird nicht so sein. Das wird deshalb nicht so sein, weil stabile Verhältnisse sich nicht aus der Addition der Zahl der Abgeordneten in diesem Hause ergeben. Das haben wir ja bei der Jamaika-Koalition gesehen. Stabile Verhältnisse ergeben sich aus inhaltlicher Übereinstimmung.

(Beifall bei der LINKEN.)

Weil ich im Vorfeld der Verhandlungen gelesen habe, was da alles war, und ich auch gehört habe, was die Journalistinnen und Journalisten mir erzählt haben, was angeblich bei den Verhandlungen nicht zur Übereinstimmung geführt hat, muss ich sagen, das Gesamtbild ergibt, dass es keine Übereinstimmung dieser Partner in wesentlichen Entscheidungen geben kann und geben wird.

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

Ich beginne einmal mit einem wichtigen Punkt. Das ist der Mindestlohn. Die Sozialdemokraten sagen immer, der Mindestlohn sei ihr Kernanliegen. Das ist natürlich eine wichtige Aufgabe. Wenn man zum Beispiel sieht, dass hier an der Saar Leiharbeiter - etwa in der Ernährungsbranche - ordentliche Arbeitsplätze ersetzen und Werkverträge teilweise, wie man hört, unter 5 Euro liegen sollen, dann ergibt sich doch daraus die Notwendigkeit, einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen. Da aber der Vorsitzende der einen großen Partei öffentlich erklärt, sie sei nicht bereit, irgendwelche Schauanträge im Bundesrat zu stellen, frage ich mich, wie diese beiden Parteien inhaltlich eine stabile Mehrheit zustande bringen können. Ich kann mir das schlecht vorstellen.

(Beifall bei der LINKEN.)

Dasselbe gilt für die Leiharbeit. Ich will jetzt hier gar nicht darauf herumreiten, wer die Leiharbeit in diesem großen Umfang ermöglicht hat. Aber es ist bekannt, dass die CDU/CSU im Bundesrat - oder wo auch immer - in keinem Fall bereit sein wird, einem Abbau der Leiharbeit in der jetzigen Form zuzustimmen. Wie soll das also tragen? Da sind zunächst einmal die Entscheidungen auf Bundesebene. Dazu kommt die Steuerpolitik. Da ich also höre, die Vermögenssteuer sei ein zentrales Anliegen, muss ich doch die Frage aufwerfen, wie das umgesetzt werden soll, wenn man sich auf Partner verlässt, von denen bekannt ist, dass sie in keinem Fall die Vermögenssteuer - wir haben das hier oft gehört - als Grundlage einer Sanierung der Staatsfinanzen heranziehen wollen. Ich stelle hier fest, auch in der Steuerpolitik - auf der Einnahmenseite - ist es nicht abzusehen, dass die beiden Parteien eine stabile Mehrheit bilden können. Es ist schlicht und einfach eine Augenwischerei, wenn man angesichts dieser gravierenden Meinungsunterschiede so tut, als sei alles in trockenen Tüchern.

Nun komme ich zur Kernfrage, die vor der Wahl geklärt werden soll, nämlich, welcher Sanierungspfad beschritten werden soll. Wir haben dankenswerterweise gestern im Haushalts- und Finanzausschuss ein Dokument der Landesregierung erhalten, in dem die Landesregierung - Frau Kramp-Karrenbauer, Sie tragen dafür Verantwortung - erklärt, sie wolle bis zum Jahr 2016 - also im letzten Jahr - in der Summe 130 Millionen einsparen. Wenn Sie sehen, was der Stabilitätsrat dazu gesagt hat, dann ist festzuhalten, dass diese 130 Millionen vom Stabilitätsrat überhaupt nicht akzeptiert werden, sondern dass der Ausschuss gesagt hat, es müssen 260 - also das Doppelte - sein.

(Sprechen.)

Sie haben in Ihrem Sanierungsentwurf bereits gesagt, Sie wollen in der Größenordnung von 730 Stel-

len abbauen. Das wird natürlich in keinem Fall reichen, meine Damen und Herren, wenn man den Sanierungspfad über Ausgabenkürzungen gehen will. Deswegen fordere ich die Beteiligten auf, vor der Landtagswahl zu sagen, wie viele Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst wegfallen sollen. Wenn man das vor der Landtagswahl nicht sagt, ist das ein Betrugsmanöver, das wir als LINKE in keinem Fall akzeptieren können.

(Beifall bei der LINKEN.)

Wenn jemand meint, diese Worte seien zu hart, weise ich darauf hin, dass vor der letzten Landtagswahl gefragt worden ist, ob Sie bereit sind, Stellen in der Landesverwaltung abzubauen, ja oder nein. Es ist bekannt - darauf hat die Saarbrücker Zeitung hingewiesen -, dass beispielsweise die Sozialdemokraten gesagt haben, wir wollen keine Stellen in der Landesverwaltung abbauen. Das ist schon nicht eingehalten worden. Ich weise nur darauf hin, dass bei der Polizeireform beschlossen worden ist, 300 Stellen in der Landesverwaltung abzubauen. Meine Damen und Herren, die Widersprüche sind so groß, dass ich mir die Frage stelle, warum man an dieser Stelle nicht bereit ist, den Wählerinnen und Wählern vor der Wahl zu sagen, was man wirklich will.

Ich muss Ihnen sagen, wer Ministerpräsident oder Ministerpräsidentin wird, ist nicht die entscheidende Frage für die Wähler. Die entscheidende Frage ist vielmehr, wie sich die Finanzkrise auf die Lebensbedingungen der Saarländer auswirkt. Und da muss ich immer wieder sagen: Es gab eine gewaltige Umverteilung in den letzten zehn Jahren,

(Sprechen)

4 Prozent Reallohnverlust in der Arbeitnehmerschaft, 30 Prozent reale Gewinne bei den Besitzenden und Vermögenden. Angesichts dieser gewaltigen Umverteilung gibt es für uns - die LINKE - nur einen Weg: Keine weiteren Arbeitsplatzverluste, auch nicht im öffentlichen Dienst, und dafür Einnahmeerhöhungen der öffentlichen Hand über Vermögenssteuer, Reichensteuer und so weiter.

(Beifall bei der LINKEN.)

Das ist die Kernfrage, meine sehr geehrten Damen und Herren. Dazu erwarte ich Erklärungen. Da ich noch eine gewisse Redezeit habe, werde ich mich nach den Erklärungen noch einmal zu Wort melden.

(Beifall bei der LINKEN.)

Präsident Ley:

Das Wort für die FDP-Landtagsfraktion hat Fraktionsvorsitzender Dr. Christoph Hartmann.

Abg. Dr. Hartmann (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zuerst beantrage ich für die FDP-Fraktion bei dieser Frage namentliche Abstimmung.

Zum Zweiten darf ich mitteilen, dass wir nicht gegen diesen Antrag stimmen werden. Das tun wir deswegen, weil wir diesen Wahlkampf annehmen werden, weil wir uns neu aufstellen werden und weil wir wissen, dass wir verloren gegangenes Vertrauen zurückgewinnen müssen und dass durch innerparteiliche Dinge die gute Arbeit, die in den Ministerien gemacht worden ist, zugedeckt worden ist. Nichtsdestotrotz werden wir das tun. Wir werden dementsprechend einen erfolgreichen Wahlkampf hinlegen.

Wir werden allerdings auch nicht für diesen Antrag stimmen, und zwar aus mehreren Gründen, zunächst einmal aus Gründen des Stils. Es ist bemerkenswert, wenn man fast zweieinhalb Jahre vertrauensvoll zusammenarbeitet und vom Bruch der Koalition nicht persönlich erfährt, sondern über die Medien.

(Beifall bei der FDP.)

Außerdem sind die Vorgänge der letzten Woche bemerkenswert. Es geht nicht um die Fragestellung, dass Minister und Staatssekretäre entlassen werden, sondern um die Fragestellung der Entpflichtung von der Weiterführung des Amtes. Im einzigen Kommentar dazu, der mir bekannt ist, steht, dass Fälle denkbar sind, in denen die Weiterführung des Amtes der Minister und der Staatssekretäre unzumutbar erscheint. „Unzumutbarkeit wird man nur (...) wegen tiefgreifender Zerwürfnisse innerhalb der Regierung“ anerkennen können; dann ist die Zusammenarbeit ausgeschlossen. Bei alledem, was wir in der letzten Woche gehört haben, hieß es nicht an einer einzigen Stelle, dass es unzumutbar gewesen sei, in der Regierung weiter zusammenzuarbeiten. Vielmehr betraf all das, was wir gehört haben, die angebliche fehlende Stabilität in einer Koalitionsfraktion. Dass das also mit dieser Begründung von der Justizministerin vorgetragen wird, ist ebenfalls eine ziemlich bemerkenswerte Geschichte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist des Weiteren bemerkenswert, dass die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in der letzten Woche eine Riesenchance versemmt hat. Es geht nicht nur um die Fragestellung der „kontinuierlichen Amtsführung“, sondern auch darum, dass die CDU aus den Häusern - aus dem Wirtschafts-, dem Umwelt- und dem Bildungsministerium - keinen Wahlkampf machen könnte, wenn Sie in der letzten Woche gegen die Entlassung gestimmt hätten.

(Zuruf.)

Das könnte ja für Sie taktisch nicht ganz uninteressant sein. - Herr Kollege Maas, es geht auch um die

Fragestellung, was es denn für die Ausgangsposition - auch für die Wahlkampfposition - der SPD bedeutet hätte, wenn dieser Antrag gestellt und nicht angenommen worden wäre. Sie müssen vor Ihren Wählerinnen und Wählern sagen, warum Sie dementsprechend abgestimmt haben.

Auf den dritten Punkt ist schon eingegangen worden. Der Kollege Lafontaine hat auf die Frage hingewiesen, dass ja schon alles ausgehandelt ist und wir jetzt schon wissen, was eigentlich dabei herauskommt. Dabei ist ebenfalls sehr bemerkenswert, was in der letzten Woche gesagt worden ist. Frau Kramp-Karrenbauer hat in der letzten Woche gesagt, dass ausgelotet werde, ob ein genügendes Vertrauensverhältnis da sei, um anschließend ohne Neuwahlen in eine Große Koalition zu gehen. Wenn das nicht der Fall wäre, dann gäbe es Neuwahlen. Das heißt logischerweise nur Eines: Wenn das Vertrauen nicht da ist, dann werden die Neuwahlen anschließend dafür sorgen, dass nach der Wahl das Vertrauen da ist. So eine hanebüchene Argumentation habe ich im Leben noch nicht gehört.

(Beifall bei der FDP und bei der LINKEN. - Verbreitet Sprechen.)

Wenn mit Verve in der Stimme über Verlässlichkeit und über eine auf Vertrauen basierende Koalition geredet worden ist, dann darf ich Ihnen einmal ein paar Zitate nennen, die Sie sich gegenseitig in der jüngeren Vergangenheit um die Ohren geschmissen haben.

Herr Kollege Maas hat erklärt, dass die Arbeit von Frau Kramp-Karrenbauer eher einem Abbruch als einem Aufbruch gleicht, dass sie planlos in der Finanzpolitik sei, dass sie ohne Bundeseinfluss sei. Der Kollege Jost hat in einer jüngeren Sitzung erklärt, dass Frau Kramp-Karrenbauer lügen würde. Das hat ihm sogar einen Ordnungsruf des Präsidenten eingebracht. Er hat es aber nichtsdestotrotz gesagt.

Frau Kramp-Karrenbauer hat über Herrn Maas gesagt, dass er nicht nur auf einem Auge blind sei, sondern dass das gesamte Gesichtsfeld verdunkelt sei, dass er kläglich versagt habe, Verantwortung bei der Schulreform zu übernehmen, und in Zusammenhang mit Praktiker, dass er kleinkarierte Spielchen betreiben würde und es ihm nicht um die Menschen gehen würde.

(Sprechen und Heiterkeit.)

Ich stelle also fest: Die vertrauenerweckende und verlässliche gemeinsame Koalition, die dieses Land aus der Krise bringt, ist die, bei der die SPD nach Ihren Aussagen mit einer planlosen, ohne Bundeseinfluss behafteten Politikerin, die lügt, zusammenarbeiten möchte, und mit der die CDU nach Ihren Aussagen mit einer SPD zusammenarbeiten möchte,

(Abg. Dr. Hartmann (FDP))

deren Parteivorsitzender sein gesamtes Gesichtsfeld verdunkelt hat, der bei der Verantwortungsübernahme in diesem Land kläglich versagt hat und dem es nicht um die Menschen geht.

Das ist Ihr Wahlkampfkonzept! Das ist die verlässliche Koalition, die Sie nach der Wahl haben wollen! Ich wünsche Ihnen viel Freude dabei, das den Menschen zu erklären, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP und bei der LINKEN.)

Und dieses klägliche Politiktheater kostet die Menschen dann eine Million Euro. Vier Monate sind die Häuser führungslos, und dann bringt das genau das, was wir eigentlich wollen. Die einzige Frage, um die es noch geht, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist: Darf Heiko Maas über oder unter Frau Kramp-Karrenbauer oder umgekehrt? Es geht aber hier nicht um Helmut Schmidt oder Franz Josef Strauß, sondern um Heiko Maas und Annegret Kramp-Karrenbauer. Das wird die Menschen leider nicht in Massen zu den Wahlurnen bringen, sondern das ist eigentlich die Bankrotterklärung der saarländischen Politik, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP.)

Wenn Sie sich hier mit einer ganz tollen Strategie hinstellen und sagen, wie es in diesem Land vorwärtsgeht, dann muss ich sagen: Dieses Land hat etwas Besseres verdient. Sie wissen alle, dass es eigentlich um mehr geht als diesen kleinsten gemeinsamen Nenner, auf den Sie sich vor der Wahl nicht einigen konnten, dass es um mehr geht als darum, hier irgendwelche Pfründe zu sichern, dass es um mehr geht als zudecken. Ich kann Ihnen sagen: Der Untersuchungsausschuss wird nach der Wahl auch kommen. Er wird zumindest von der Linkspartei wieder beantragt werden.

(Zuruf des Abgeordneten Pauluhn (SPD).)

Und wenn er von uns nicht mehr kommt, Herr Kollege Pauluhn - - Entschuldigen Sie bitte, es geht nicht um die einzelne Persönlichkeit, sondern darum, wie wir dieses Land nach vorn bringen können. Wenn Sie das bis heute nicht verstanden haben, Herr Pauluhn, dann ist dies genau das Problem, das es in diesem Land gibt.

(Zurufe des Abgeordneten Pauluhn (SPD).)

Deswegen sage ich Ihnen: Die eigentlichen Probleme in diesem Land werden nicht von der neuen Koalition angepackt werden. Es geht um die Frage, wie dieses Land nach vorne gebracht werden kann, und zwar mit Reformen und nicht mit diesem Politiktheater, das uns hier vorgespielt wird.

(Beifall bei der FDP.)

Präsident Ley:

Das Wort hat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Abgeordnete Claudia Willger.

Abg. Willger (B 90/GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben in der Tat in der letzten Woche sehr vieles neu dazugelernt, Dinge, die wir eigentlich für unmöglich gehalten haben. Wir haben nun Neuwahlen, nachdem der ursprüngliche Plan, sofort eine Große Koalition einzugehen - der eigentliche gemeinsame Plan -, gescheitert ist. Deswegen jetzt der neue Plan: Eine Große Koalition nach Neuwahlen. Auch das ist äußerst ungewöhnlich. Und damit auch allen erklärt werden kann, wie das funktioniert und dass bereits einiges bewegt wurde, präsentiert man die Polizeistrukturereform als das erste gemeinsame Baby. Hier hat man es doch tatsächlich geschafft, sich über eine Personaleinsparung zu einigen, obwohl es schon lange nicht mehr darum geht, das Fell des Bären aufzuteilen, sondern ausdrücklich nur noch darum, wer auf welche Kuhhaut passt und wie man einen Parteienproporz an der Spitze hinbekommt.

(Zuruf.)

So haben Sie die Einigung bei der Präsenz in der Fläche und insbesondere bei der Besetzung der jeweiligen Führungspositionen erzielt.

(Abg. Jost (SPD): Und wie haben Sie da abgestimmt, Frau Willger?)

Wenn Sie eine Frage an mich haben, Herr Jost, gebe ich Ihnen gerne die Gelegenheit, sich hier zu Wort zu melden. Dann werde ich Ihre Frage zulassen und beantworten.

Jetzt möchte ich auf die Polizeistrukturereform zurückkommen und an das anschließen, was ich vorhin gesagt habe. Dem Proporzprinzip werden alle anderen Grundsätze geopfert, auf die man sich vorher verständigt hatte: die Entlastung von polizeifremden Tätigkeiten, die Qualitätssicherung und Spezialisierung, effizientere Strukturen. Opferschutz kommt in diesem Papier gar nicht mehr vor und spielt auch gar keine erkennbare Rolle mehr. Mit Blick auf den Opferschutz sieht man daher überhaupt kein Problem beim Rückzug aus der Fläche. Die Opferschutzverbände - Frauennotruf, DJB, der Arbeitskreis Jugendhilfe und Justiz - haben sich hier kein Gehör verschaffen können. Statt dessen wurden Strukturen erneuert, die bis vor zehn Jahren zu erheblichen Schwierigkeiten geführt haben, und das ausgerechnet in einer Situation, in der die Empfehlungen der Opferschutzbeauftragten, Frau Dr. Christine Bergmann, noch sehr druckfrisch sind. Das ist ein unglaublicher Rückschritt. Niedrigschwellige Angebote? Fehlanzeige. Wenn sich Vergewaltigungsopfer jetzt bei der Polizei melden, dann meldet sich

(Abg. Willger (B 90/GRÜNE))

dort jemand mit „LPP 213.2“. Allein daran sieht man, wie wenig bürgernah man sich hier organisiert hat.

Ein anderes Beispiel: Wenn der frühere Leiter der Kriminalpolizeiinspektion jetzt dem Polizeimusikkorps vorsteht, dann ist dies ein beredtes Beispiel dafür, dass man hier mit Spezialisierung und Qualitätssicherung so richtig ernst macht und wertvolle Ressourcen bei der Polizei wirklich sehr, sehr „ernst nimmt“.

Ich will Ihnen sagen, um was es Ihnen geht: Es geht Ihnen bei der Neuwahl nur darum, wer hinterher Fahrer und wer Beifahrer ist - um ein Bild aus der Saarbrücker Zeitung zu bemühen. Solchen Bildern sagen wir den Kampf an. Es kann doch nicht wahr sein, dass es hier - wie es bereits von meinem Vordrucker gesagt worden ist - ausschließlich darum gehen soll, wer oben und wer unten liegt oder wer die Nase vorn hat. Solche Fragestellungen kenne ich ausschließlich von Pferdewetten - da machen sie Sinn - und Beziehungsangelegenheiten. Aber selbst in Beziehungen ist es nicht wirklich spannend, fünf Jahre lang nur oben oder unten zu liegen. Das wird auch die Bevölkerung nicht wirklich begeistern.

(Sprechen und Zurufe.)

Von daher werden Sie uns allen erklären müssen, wo denn wirklich die Unterschiede sind, wenn man den Bürgerinnen und Bürgern ein derart lächerliches Bild präsentiert. Das haben sie nicht verdient.

(Beifall bei B 90/GRÜNE. - Zurufe des Abgeordneten Pauluhn (SPD).)

Präsident Ley:

Das Wort hat für die SPD-Landtagsfraktion Herr Fraktionsvorsitzender Heiko Maas.

Abg. Maas (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann ja verstehen, dass es den Abgeordneten der GRÜNEN und der FDP nicht recht ist, dass es Neuwahlen gibt, aber ich will aus Gründen der Wahrheit doch einmal auf Folgendes hinweisen: Die Tatsache, dass es Neuwahlen gibt, haben die Saarländerinnen und Saarländer in erster Linie Ihnen zu verdanken.

(Beifall bei der SPD.)

Wir sind nämlich bisher an keiner Regierung beteiligt gewesen, die gescheitert ist, und dass es wahrscheinlich am 25. März in diesem Land zu Neuwahlen kommt, hat in erster Linie etwas damit zu tun, dass eine Regierung auseinandergeflogen ist, die diesen Namen eigentlich nie verdient hat.

(Beifall bei der SPD.)

Weil der Kollege Lafontaine die Angelegenheit auch unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten ange-

sprochen hat, will ich noch einmal sagen, dass unsere Vorgehensweise verfassungsrechtlich völlig unproblematisch ist. 1994 ist der Landtag ebenfalls aufgelöst worden, obwohl damals die Regierung weiterhin funktioniert hat. Das Parlament ist nur deshalb aufgelöst worden, weil der Landtagswahltermin mit dem Bundestagswahltermin zusammengelegt werden sollte und die reguläre Landtagswahlperiode einige Wochen länger gedauert hätte. Also wenn man eine funktionierende Regierung hat und den Landtag trotzdem auflöst, dann ist es verfassungsrechtlich erst recht nicht nur richtig, sondern sogar geboten, ihn aufzulösen, wenn das Land überhaupt keine Regierung mehr hat. In diesem Zustand befinden wir uns jetzt. Es ist also verfassungsrechtlich völlig unproblematisch, ja sogar geboten, in einem solchen Fall das Parlament aufzulösen.

Meine Damen und Herren, es wurde hier über die Koalitionsaussagen gesprochen und darüber, dass es anscheinend nicht möglich ist, Wahlen durchzuführen, wenn sich zwei Parteien für eine große Koalition aussprechen. Ich will einmal sagen: Koalitionsaussagen treffen Parteien, und wir nehmen für uns in Anspruch, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern vor der Wahl sagen, was wir nach der Wahl machen. Koalitionsfestlegungen kann jede Partei so treffen, wie sie es für richtig und vernünftig hält. Es kann hier nicht ernsthaft die Auffassung vertreten werden, dass man sich vor Wahlen für eine kleine Koalition aussprechen darf, aber nicht für eine große Koalition. In der Sache verstehe ich dieses Argument überhaupt nicht. Es trägt auch überhaupt nicht, um die Sinnhaftigkeit der Neuwahlen infrage zu stellen.

Es geht um stabile Verhältnisse. Das ist richtig und dazu bekenne ich mich für die SPD noch einmal. Herr Lafontaine, Sie haben vollkommen recht, stabile Verhältnisse orientieren sich schon auch an Mehrheiten, aber stabile Verhältnisse dürfen sich nicht an persönlichen Befindlichkeiten orientieren, sondern sie müssen sich tatsächlich an einem großen Maß an inhaltlicher Übereinstimmung orientieren, zumindest an der Bereitschaft, das, was man als inhaltliche Übereinstimmung festgestellt hat, dann auch zu realisieren.

Sie sagten eben, dass die Linkspartei nicht bereit ist, einen Sanierungspfad mitzugehen, bei dem auch nur eine Stelle im öffentlichen Dienst gestrichen wird. Das ist der letzte Beweis dafür, dass die SPD und die Linkspartei in dieser existenziellen Frage nicht zusammenkommen können und auch nicht zusammenkommen werden.

(Beifall von der SPD.)

Es geht um die Frage, wie wir uns in der Zukunft aufstellen. Ich sage Ihnen in aller Offenheit: In einem Land, von dem wir wissen, dass wir in den kommen-

(Abg. Maas (SPD))

den Jahren mit einem Bevölkerungsrückgang von etwa 20 Prozent konfrontiert werden, kann man sich nicht hinstellen und sagen, die Personalstärke muss trotzdem so bestehen bleiben, wie das jetzt der Fall ist. Man wird überprüfen müssen, wie man Landesbehörden neu organisiert und wie man die Landesverwaltung so aufstellt, dass es auch bei der demografischen Entwicklung, mit der wir konfrontiert sind, eine funktionierende Verwaltungsstruktur gibt - aber eine, die sich das Land auch leisten kann.

Ich will auch die Schuldenbremse noch einmal erwähnen. Man kann zur Schuldenbremse sehr unterschiedliche Auffassungen haben, aber wir haben uns entschieden, dass sie nun einmal gilt und dass wir bei einer Regierungsbeteiligung der SPD, die nicht ganz unwahrscheinlich ist - in welcher Form auch immer -, diese Realität akzeptieren müssen. Einen Punkt muss man ganz offen aussprechen, auch die Linkspartei muss ihn zur Kenntnis nehmen: Wir haben mit dem Bund und den Ländern nach der letzten Föderalismuskommission eine Vereinbarung getroffen, dass das Saarland jedes Jahr bis 2020 Bundeszuweisungen von 260 Millionen Euro erhält. Dafür hat das Saarland sich verpflichtet, die Schuldenbremse einzuhalten. Das ist unabhängig davon, wer in der Regierung sitzt. Davon ist abhängig, ob das Saarland jedes Jahr die 260 Millionen Euro zusätzlich bekommt oder nicht.

Ich glaube nicht, dass diese 260 Millionen Euro geeignet sind, die Haushaltsnotlage des Saarlandes zu beenden, aber ich weiß, dass ohne diese 260 Millionen Euro Zuweisung die politischen Handlungsspielräume gegen Null gehen. Das heißt für das Saarland, dass wir in den kommenden Jahren jährlich und strukturell 60 bis 70 Millionen Euro einsparen müssen. Man kann nun die Auffassung vertreten, das gilt alles für uns nicht, das ist uns alles egal, wir erfüllen diese Vorgabe des Sanierungsrates nicht. - Das führt aber dazu, dass unser Anspruch auf die 260 Millionen Euro Zuweisung verloren geht.

Da kann man nicht nur uns fragen, wo man diese 60 oder 70 Millionen Euro jährlich sparen soll. Da müssen auch Sie einmal die Frage beantworten, was Sie tun, wenn Sie dazu nicht bereit sind und dadurch die 260 Millionen überhaupt nicht gezahlt werden. Wenn ich aber von den 260 Millionen 70 Millionen abziehe, bin ich bei 190 Millionen Euro, die wir weniger haben werden. Dann müssen Sie einmal erklären, wie Sie damit umgehen. 190 Millionen Euro - das ist der komplette Globalhaushalt der Universität des Saarlandes.

(Zuruf des Abgeordneten Linsler (DIE LINKE).)

190 Millionen Euro weniger sind über 3.000 Stellen im öffentlichen Dienst. Das ist mehr als das Doppelte der gesamten Wirtschaftsförderung dieses Landes. Diese Frage muss die Linkspartei beantworten.

Wenn das, was Sie vorhaben, Realität wird, dann wird es noch viel schlimmer, auch für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Auch das sollten Sie zur Kenntnis nehmen.

(Beifall von der SPD. - Abg. Linsler (DIE LINKE): Sie haben bis vor Kurzem noch anders geredet.)

Ich glaube, dass es in den kommenden Jahren um nicht mehr und nicht weniger als um die Existenz dieses Landes als eigenständiges Bundesland geht - unabhängig davon, ob es irgendwann einmal eine Vermögenssteuer gibt oder der Spitzensteuersatz angehoben wird oder was auch immer. Ich bin mir absolut sicher, dass es nach der nächsten Bundestagswahl irgendwann die nächste Föderalismuskommission geben wird. Das wird 2015 oder 2016 oder wann auch immer sein. Wenn wir bis dahin nicht den Beweis erbracht haben, dass wir in der Lage sind, mit den Mitteln, die wir haben und die uns zur Verfügung stehen, einigermaßen die Aufgaben des Landes zu finanzieren, dann bin ich mir sicher, dass es in der Föderalismuskommission III nicht mehr darum gehen wird, wie viel Geld das Land zusätzlich bekommt, sondern nur noch darum, welchem anderen Bundesland das Saarland zugeschlagen wird. Das machen wir nicht mit!

(Beifall von der SPD.)

Ich bin nicht der Auffassung, dass die Existenz des Saarlandes bilanzbuchhalterisch entschieden werden kann. Es geht um einiges mehr. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Mehrheit der saarländischen Bevölkerung noch überhaupt nicht weiß, wie es aussieht und was auf uns zukommt. Es gibt Leute, die sagen, lasst uns doch mit anderen Ländern zusammengehen, dann wird alles viel besser. Ich kann ja verstehen, wenn Feierabendpolitiker ein Feierabendparlament vorschlagen, aber es geht um deutlich mehr. Das muss man allen Saarländerinnen und Saarländern sagen. Wer glaubt, wenn wir nicht mehr selbstständig sind, hätten wir noch eine Universität des Saarlandes in der Form, wie wir sie jetzt haben, wer glaubt, wir hätten dann noch ein Staatstheater in der Form wie jetzt, wer glaubt, es gäbe dann noch einen Saarländischen Rundfunk wie heute, dem kann ich nicht mehr helfen. Auch das steht alles auf dem Spiel, nicht nur die Existenz von 51 Abgeordneten.

(Beifall von der SPD. - Zuruf des Abgeordneten Linsler (DIE LINKE).)

Ich möchte auch sagen, was mich in dieser Frage schon lange bewegt und wo ich finde, dass Saarländerinnen und Saarländer und wir als ihre Volksvertretung mit etwas mehr Selbstbewusstsein in der Öffentlichkeit auftreten sollten. Das Saarland ist das Ergebnis der bewegten Geschichte dieser Region und damit auch der bewegten Geschichte zwischen Deutschland und Frankreich in den letzten 100 Jah-

(Abg. Maas (SPD))

ren. Es gibt kein anderes heutiges Bundesland, das so sehr zwischen Deutschland und Frankreich und Europa hin und her gerissen und gezerrt worden ist. Es gibt Bücher, die darüber geschrieben worden sind wie zum Beispiel „Richtig daheim waren wir nie“. Ich glaube, das hat etwas damit zu tun, wie sich die Identität der Menschen in diesem Land in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat. Das hat dazu geführt, dass es im Saarland mehr Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen gibt als sonstwo. Davon bin ich fest überzeugt. Das erlebe ich Tag für Tag im Saarland und wenn ich außerhalb unterwegs bin. Das ist etwas, worauf wir stolz sein können. Das ist erhaltenswert.

Wir leben im Zeitalter der Ich-AG. Wir reden über die solidarische Gesellschaft, die über mehr bürgerschaftliches Engagement eine Zukunft haben muss. Nirgendwo in Deutschland sind so viele Menschen ehrenamtlich aktiv, nirgendwo sonst gibt es solches Bürgerengagement wie in diesem Land. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist etwas, was im Zeitalter der Beschleunigung und der Globalisierung erhaltenswert ist. Deswegen sage ich Ihnen: Wenn wir über die solidarische Gesellschaft der Zukunft reden, dann ist das, was wir im Saarland haben, ein Modell dafür. Wir brauchen mehr Saarland in Deutschland und nicht weniger. Deshalb müssen wir unsere Existenz in den kommenden Jahren mit allen Mitteln verteidigen.

(Starker Beifall von der SPD.)

Mir, der ich auf der Grenze aufgewachsen bin, ist noch etwas wichtig. Das Saarland ist für mich immer das lebende Symbol der deutsch-französischen Freundschaft gewesen. Das ist auch unsere Geschichte. Das ist etwas, was möglicherweise bei Haushaltsberatungen keine Rolle spielt. Aber auch das ist ein Wert an sich, den es zu verteidigen gilt. Dieses Land gäbe es nicht ohne die bewegte deutsch-französische Geschichte, ohne alle Schwierigkeiten, die es in dieser Zeit gegeben hat. Die deutsch-französische Vergangenheit kann man auf den Soldatenfriedhöfen in Verdun besichtigen. Die deutsch-französische Zukunft findet in der Deutsch-Französischen Hochschule in Saarbrücken statt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Land ist ein Symbol für zwei Nationalstaaten. Dieses Symbol muss bleiben. Wir sollten alles dafür tun, dass es nicht wegrationalisiert wird. Auch das ist etwas, was weit über Haushaltsberatungen hinausgeht, was den Sinn und die Identität dieses Landes ausmacht. Die müssen wir verteidigen, auch mit schmerzhaften Entscheidungen, die anstehen.

(Beifall bei der SPD.)

Deshalb, meine Damen und Herren: Am 25. März wird die Uhr umgestellt. Am 25. März beginnt die Sommerzeit. Und es wäre auch an der Zeit für einen

neuen Sommer in der saarländischen Politik. - Schönen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD.)

Präsident Ley:

Das Wort hat der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Herr Fraktionsvorsitzender Klaus Meiser.

Abg. Meiser (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute in 60 Tagen werden Landtagswahlen stattfinden. Deshalb ist es verständlich, dass dieser Tag auch zum Schaulaufen genutzt wird. Deshalb will ich Ihnen, Kollege Hartmann, heute nur ins Stammbuch schreiben: Sie haben recht, dieses Land hat kein Theater verdient. Deshalb ist die Koalition beendet worden.

(Beifall bei der CDU.)

Damit ist schon alles gesagt. - Ich erlaube mir auch den Hinweis, Frau Kollegin Willger, wenn man in der Regierung einer Reform zugestimmt hat, sollte man zumindest eine Woche warten, bevor man sich von dem absetzt, was man mitbeschlossen hat. Das wäre hilfreich.

(Beifall bei CDU und SPD.)

Kollege Maas, Sie haben sicherlich viel Zutreffendes gesagt, aber ich meine, bei der Bewertung von zweieinhalb Jahren Regierungszeit sollten Sie unterscheiden zwischen den Zerwürfnissen in einer Partei und einer Regierung, die gut funktioniert hat und dies auch nachgewiesen hat, im Bereich der Schulpolitik, der Industriepolitik, in allen Politikbereichen. Ich darf Sie daran erinnern, dass Sie zunächst nicht bereit waren - dies sogar im Unterschied zu den LINKEN -, in die Mitverantwortung zu gehen,

(Abg. Linsler (DIE LINKE): Hört, hört!)

als es darum ging, der demografischen Entwicklung Rechnung zu tragen und eine Schulreform zu machen.

(Vereinzelt Beifall.)

Deshalb bin ich froh, dass jetzt offensichtlich ein neuer Weg beschritten wird.

Ich will Ihnen ein Zweites ins Stammbuch schreiben. Wer der Regierung sagt, dass sie den Namen „Regierung“ nicht verdient hatte, selbst aber bis Oktober 2011 gebraucht hat, um die Realitäten zu akzeptieren - worüber wir sehr froh sind, weil dies eine Basis für eine Koalition sein kann -, nämlich die Schuldenbremse, hat zumindest vor diesem Termin auch nicht bewiesen, dass er regierungsfähig war. Deshalb würde ich mich an Ihrer Stelle etwas zurückhalten, wenn Sie die Arbeit der Regierung, die zweieinhalb Jahre hier im Amt war, bewerten.

(Abg. Meiser (CDU))

(Beifall bei der CDU.)

Kollege Lafontaine, was Ihren Beitrag heute betrifft, möchte ich mich gerne dem Kollegen Maas anschließen. Gäbe es eine Festlegung auf Rot-Rot, wäre das legitim und Sie würden jubeln. Gibt es eine Aussage, dass es gut möglich ist, dass eine Große Koalition kommt, ist das Betrug am Wähler. Insofern ist mir klar: So wie es passt, wird es dann bewertet.

(Abg. Linsler (DIE LINKE): Das ist so nicht gesagt worden.)

Wenn Sie sich Gedanken machen über die Frage, ob es genügend Schnittmengen gibt, wäre es vielleicht auch einmal spannend, bei den Schnittmengen etwas zu differenzieren. Wo haben Sie die großen Schnittmengen? Zwischen LINKEN und der SPD auf der Ebene, auf der wir nichts zu entscheiden haben, auf der Bundesebene.

(Zuruf: Das ist auch falsch.)

Das muss man sehr genau auseinanderhalten. Und wo bestehen die Schnittmengen im Lande? Zwischen SPD und CDU, dort wo es darum geht Verantwortung zu tragen. Dort sind Sie nicht dabei.

(Beifall bei der CDU.)

Deshalb überlassen Sie es am besten den einzelnen Parteien zu definieren, wo Schnittmengen liegen und wie dieses Land in den nächsten fünf Jahren verantwortlich geführt werden kann.

Wenn Sie hier das Wort „Betrugsmanöver“ in den Mund nehmen, ist das geradezu abenteuerlich. Wer hier seit zweieinhalb Jahren so tut, als könnten die Probleme der Welt, Europas, Deutschlands und des Saarlandes über die Vermögenssteuer gelöst werden, wer so tut, als könnte die Vermögenssteuer auf Bundesebene dazu führen, dass wir die Schuldenbremse einhalten, wer verschweigt, dass die Vermögenssteuer davon abhängig ist, wie die Mehrheitsverhältnisse auf Bundesebene sind und dass eine Veränderung dieser Mehrheitsverhältnisse noch etwas dauern wird - die nächste Bundestagswahl ist 2013 -, wer niemandem erklärt, was bis dahin gemacht werden soll, um die Schuldenbremse einzuhalten und wie wir dann die 260 Millionen Euro jährlich erhalten sollen, wer so agiert und alles offen lässt, der gaukelt den Menschen etwas vor. Wer hier behauptet, man könnte mehr ausgeben, man könnte das Personal im öffentlichen Dienst halten, man könnte Leistungen erbringen, so viel man nur will - im Himmel ist Jahrmarkt -, und gleichzeitig sagt, die Schuldenbremse halten wir ein, das Land bleibt selbstständig, der gaukelt den Menschen etwas vor, und zwar nicht erst seit heute, sondern seit zweieinhalb Jahren. Das muss und wird im Wahlkampf demaskiert werden, darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall bei der CDU.)

In dem Zusammenhang möchte ich nur noch einmal einen Punkt aufgreifen. Man stelle sich einmal vor, es argumentiert jemand in der jetzigen Situation, bei 32.000 Arbeitslosen darf kein Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst verloren gehen. In einer Zeit, als wir über 50.000 Arbeitslose hatten - das war Ihre Regierungszeit, Herr Lafontaine -, da war das kein Problem; da sind Tausende von Bediensteten bei den Lehrern, bei der Polizei und in anderen Bereichen nach Hause geschickt worden. Das muss man sich einmal vor Augen halten! Derselbe Politiker gaukelt heute den Menschen vor, bei zurückgehender Schülerzahl, bei zurückgehender Bevölkerungszahl könnten wir in allen Bereichen das Personal auf dem jetzigen Stand halten und wahrscheinlich gleichzeitig die Schuldenbremse einhalten. Damit werden die Menschen glattweg belogen. Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der CDU.)

Deshalb sage ich Ihnen, dieser Landtag, die Wählerinnen und Wähler sind nicht dafür da, Ihr Schaulaufen für bundespolitische Ambitionen zu begleiten.

(Erneuter Beifall bei der CDU.)

Wir sind da - und es kann gut sein: gemeinsam mit der SPD -, um saarländische Interessen wahrzunehmen. Uns geht es um unser Land, nicht darum, ein Schaulaufen für die Bundesebene zu veranstalten. Deshalb ist es, meine ich, schon eine Offenbarung, wenn derjenige, der so gaukelt, uns vorwirft, wir würden den Menschen nicht die Wahrheit sagen. Das muss man sich einmal vorstellen!

(Abg. Linsler (DIE LINKE): Du bist der Obergaukler.)

Wir haben einiges gegenüber der Bevölkerung vertreten. Ich nenne nur das Beispiel öffentlicher Dienst. Dort haben wir Nullrunde gemacht, Beihilfe gekürzt, Förderungsbudget gekürzt. Ich sage es nicht gerne hier, weil es nicht populär ist, weil jeder weiß, dass man damit keine Stimmen gewinnt, sondern verliert. Wenn so etwas gemacht wird, wird es aus Verantwortung für unser Land gemacht. Wenn dann demjenigen, der solche Wahrheiten nicht nur verkündet, sondern auch durchgeführt hat, hier vorgehalten wird, wir würden den Bürgerinnen und Bürgern nicht die Wahrheit sagen, denn gebe ich Ihnen heute zur Antwort: Wir werden im Wahlkampf den Menschen sagen, was wir aus Verantwortung für dieses Land machen. Wir wollen natürlich auch den öffentlichen Dienst mitnehmen, aber mit ehrlichen Aussagen. Und wenn jetzt bei der Polizei eine große Mehrheit zustande gekommen ist für eine Reform, die beides zusammenbringt, nämlich eine Konzeption, die auf Dauer Sicherheit gewährleistet, aber auch Zugeständnisse an die Herausforderungen der Schuldenbremse, ist das ein sehr positives Beispiel, das nichts mit Annäherung zu tun hat, sondern

(Abg. Meiser (CDU))

schlichtweg mit Verantwortung. Wenn Sie das hier kritisieren, kann ich das nicht verstehen - tut mir leid. Das war doch ein sehr gutes Beispiel dafür, dass es möglich ist, gemeinsam für dieses Land Verantwortung zu tragen.

Und ich ziehe heute die Bilanz, dass Sie im Regierungshandeln von CDU, GRÜNEN und FDP offensichtlich vieles gut gefunden haben. Die LINKEN haben die Schulpolitik mitgetragen - sogar eine Verfassungsänderung -, die SPD hat die Polizeireform mitgetragen. Das sind doch beste Beispiele dafür, dass es keinen Raum dafür gibt, die Politik der letzten zweieinhalb Jahre zu diffamieren.

Deshalb sage ich auch mit Blick auf die Zukunft, wir wollen die Basis, die in diesen zweieinhalb Jahren geschaffen wurde, nutzen, um unser Land fortzuentwickeln. Wir stehen dazu, dass es stabile Verhältnisse und einen klaren Kurs geben soll. Ein klarer Kurs heißt: Wir haben jetzt ein Zwei-Säulen-Modell in der Schule und dazu stehen wir. Das ist fortzuentwickeln. Wir werden natürlich im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten auch versuchen, die Qualität noch zu verbessern. Wir haben in der Koalition mit GRÜNEN und FDP klargemacht, dass wir ein Industrieland sind und bleiben wollen und dies in Einklang mit ökologischen Bedingungen bringen wollen und vieles andere mehr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, den Weg, den wir gemeinsam aus Verantwortung für unser Land eingeschlagen haben, gehen wir, um einen klaren Kurs und stabile Verhältnisse für die Menschen in unserem Land zu haben. Deshalb ist es logisch und gut, dass wir uns dem Votum der Wählerinnen und Wähler am 25. März stellen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Ley:

Das Wort hat Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer.

Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der saarländische Landtag wird heute über eine Auflösung entscheiden, die den Weg für Neuwahlen frei macht. Die Entscheidung, die heute ansteht, ist auch das Ergebnis eines Diskussionsprozesses, der in den letzten beiden Wochen stattgefunden hat. Sie ist das Ergebnis von zweierlei Entscheidungen. Zum einen gab es die Entscheidung mit Blick auf die Verantwortung für dieses Land und im Hinblick auf stabile Verhältnisse eine Koalition zu beenden, die deshalb nicht mehr tragfähig war, weil es einen Partner gegeben hat, der sich selbst zerrüttet hat. Das ist der Befund des heutigen Tages. Und daran ist überhaupt nichts zu-

rückzunehmen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU.)

Der Landtag steht heute vor dieser Entscheidung, weil in den Sondierungen klar geworden ist, dass neben der Frage, wie breit die inhaltliche Grundlage ist, auch die Frage entscheidend ist, ob eine Regierung, wenn sie ohne Neuwahlen zusammenkommt, von Anfang an handlungsfähig ist für das, was dieses Land braucht. Eine Regierung, die einen Übergangscharakter für ein Jahr hat und die alle wichtigen Entscheidungen dann auf die Zeit nach der Bundestagswahl schiebt, ist nicht das, was die Menschen in diesem Land unter dem Begriff Große Koalition verstehen. Das ist nicht das, wofür sich die CDU in einer Großen Koalition hergeben würde. Und deswegen ist der Weg zu Neuwahlen alternativlos, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU.)

Ich möchte an dieser Stelle mit Blick auf die Einlassungen des Kollegen Hartmann eines deutlich sagen. Die Liberalen im Saarland und die Liberalen in der Bundesrepublik Deutschland haben eine große Tradition und haben vieles zum Gelingen dieses Staatswesens beigetragen. Sie waren Anfang der Achtzigerjahre, als Sie bereit waren, die Koalition zu wechseln, der Garant dafür, dass außenpolitisch mit dem Nato-Doppelbeschluss die richtigen Weichen gestellt wurden, als die SPD als verlässlicher Kantonnist ausgefallen war, weil sie damals ihren eigenen Bundeskanzler im Stich gelassen hatte. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, wer heute hier die Einlassungen des Kollegen Hartmann gehört hat, der muss und kann nur feststellen, dass das eine Bankrotterklärung für die liberale Politik in diesem Land war. Das, was Sie heute Morgen hier gesagt haben, war eine Bankrotterklärung!

(Beifall bei der CDU.)

Angesichts der auch von Ihnen in den letzten Wochen produzierten Schlagzeilen würde ich mich mit Schuldzuweisungen und mit dem Vorwurf, dass in den Ministerien nichts mehr funktioniert, sehr zurückhalten. Die Ministerien in diesem Land sind Dank der harten Arbeit der Kolleginnen und Kollegen vor Ort auch heute gut aufgestellt. Ich bin sehr dankbar, dass wir auf diesen funktionierenden Apparat zurückgreifen können, denn das ist es, was die Saarländerinnen und Saarländer brauchen. Das hat überhaupt nichts mit Wahlkampf zu tun. Wer so denkt, der zeigt wes Geistes Kind er ist, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU.)

Und natürlich ist es angesichts der Debatten der letzten Wochen und angesichts der Tatsache, sehr geehrter Herr Kollege Lafontaine, dass Sie sich viel-

(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)

leicht einen Tick zu früh aus dem Spiel genommen haben, verständlich, dass Sie alles andere als begeistert sind über die Entscheidung, dass es Neuwahlen geben wird. Ich will an dieser Stelle aber ganz offen sagen, dass wir hier einen fundamentalen Unterschied haben. Ich war schon immer der Auffassung, dass der Bundesrat vor allem ein Instrument ist, um saarländische Interessen durchzusetzen und dass der Bundesrat nicht dazu taugt, um ein parteipolitisches Schaulaufen zu machen. Über die Fragen Vermögenssteuer, Spitzensteuersatz und Mindestlohn wird im Jahr 2013 im Zuge der Bundestagswahl entschieden. Und deswegen sage ich: Die Menschen in diesem Land wählen bei einer Landtagswahl Politikerinnen und Politiker, damit sie ihre Hausaufgaben hier im Land erledigen. Die sollen kein Schaulaufen auf Bundesebene veranstalten. Das war zwar immer Ihre Auffassung, aber mein Amtsverständnis ist das nicht. Und mit meinem Amtsverständnis stelle ich mich den Saarländerinnen und Saarländern zur Wahl.

(Beifall bei der CDU.)

Es führt kein Weg daran vorbei. Die Realitäten in diesem Land sind so, wie sie sind. Wir unterliegen der Schuldenbremse und wir müssen sie einhalten, weil daran auch die entsprechenden Bundeshilfen hängen. Das hat nichts damit zu tun, dass man irgendwo in irgendwelchen Zirkeln theoretisch darüber diskutieren kann, wie man die Welt rettet. Das hat etwas damit zu tun, dass ich im September vor dem Stabilitätsrat stehe und dass ich Punkt für Punkt nachweisen muss, wie das Konzept aussieht. Es geht darum, die Bundeshilfen für dieses Land zu erhalten. Das ist Verantwortung für dieses Land. Das ist die Anerkennung der Realität. Wir stehen zu dieser Realität, Sie verschließen davor die Augen.

(Beifall bei der CDU.)

Aber was will man eigentlich von einer Partei erwarten, die sich angesichts der Diskussionen in diesem Land und in der Bundesrepublik mit der entscheidenden Frage auseinandersetzt, ob es eigene Raucherräume für Cannabiskonsum geben darf? Das macht deutlich, wes Geistes Kind Sie sind, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU. - Zurufe von der LINKEN.)

Wir haben überhaupt keinen Nachholbedarf, wenn es um das Thema geht, wer sich hier der Verantwortung gestellt hat und wer auch mit Blick auf die Sanierungen, die durchzuführen sind, seine Hausaufgaben gemacht hat. Wir haben immer mit Blick auf das, was im Rahmen der Schuldenbremse festgelegt wurde, gesagt, dass wir in gleichmäßigen Sanierungsschritten voranschreiten wollen. Wir haben das in den letzten beiden Jahren bewiesen. Wir haben das Testat vom Stabilitätsrat. Wir haben die Untersuchungen, die deutlich machen, dass das Saar-

land das Land ist, das einen entsprechenden Fortschritt gemacht hat. Wir gehen diesen Weg auch weiter.

Wir sind im Gespräch mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes. Wir haben deutlich gesagt, am Ende wird ein öffentlicher Dienst stehen, der kleiner ist, der aber auch so attraktiv sein muss, dass die Menschen in diesem Land in ihm arbeiten wollen. Und wie viel kleiner er wird, das verhandeln wir mit den Gewerkschaften. Sehr geehrter Kollege Lafontaine, ich vertrete dort nicht die Auffassung Ihrer ehemaligen Wirtschafts- und Finanzministerin, die der Meinung ist, dass man jede zweite Stelle im öffentlichen Dienst streichen kann. Ich glaube, dass das der falsche Weg wäre. Aber der öffentliche Dienst wird kleiner werden müssen und auch kleiner werden, weil wir durch die demografische Entwicklung Abgänge haben. PwC hat mit Blick auf die demografische Rendite eine Zahl berechnet. Und auch hier ist eine politische Entscheidung notwendig, wie sie bei der Polizei schon getroffen wurde. Was im Sinne des Landes ist, das werden wir mit den Gewerkschaften verhandeln. Die Gewerkschaften, als deren verlängerter politischer Arm Sie sich sehen, sind ja meilenweit vor Ihnen, wenn es um die Realität in diesem Land geht. Auch das muss ich heute hier noch einmal feststellen.

(Beifall von der CDU-Fraktion. - Zurufe des Abgeordneten Linsler (DIE LINKE).)

Eines, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist sehr deutlich: Bisher gibt es eine Partei in diesem Haus, die nicht nur in den zurückliegenden beiden Jahren, sondern auch in den vorangegangenen Jahren bewiesen und gewährleistet hat, dass sie auch dann, wenn es hart auf hart kommt, dass sie auch dann, wenn die schwierigen Entscheidungen zu treffen sind, die richtigen Entscheidungen trifft und dann auch zu diesen Entscheidungen steht.

(Abg. Linsler (DIE LINKE): Wer ist das? Welche Partei ist das?)

Während andere für sich noch in Anspruch nehmen, sie sagten, was sie eventuell tun wollten, ist in diesem Hause Gesagtes schon umgesetzt worden. Wir tragen hier die Verantwortung! Wir haben die erforderlichen Prozesse schon in die Wege geleitet!

(Zuruf von der LINKEN: Ja, siehe Leiharbeiter! - Sprechen bei der LINKEN.)

Für uns ist eines ganz klar: Das Thema Sanierung und Einhaltung der Schuldenbremse beim Landeshaushalt bildet den Grundtenor. Darüber muss man gar nicht lange reden, das ist die Realität, in der wir uns bewegen. Über die Zukunft des Landes wird unsere Antwort auf die Frage, ob wir auch künftig zu den Zukunfts- und Wachstumsregionen gehören, entscheiden. Vor diese Aufgabe sind wir gestellt,

(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)

diesbezüglich müssen die richtigen politischen Weichenstellungen getroffen werden,

(Abg. Linsler (DIE LINKE): Dafür, dass Arbeitsplätze abgebaut werden?)

auf vielen Feldern, auch in der Wirtschaftspolitik und in der Wissenschaftspolitik. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben wir in den zurückliegenden Jahren getan, und durchaus nicht nur in den zurückliegenden zwei Jahren.

Wie war es denn zuvor? Wer hatte vorher die rote Laterne beim Wirtschaftswachstum? Und nun, im vergangenen Jahr, erreichten wir das höchste Wirtschaftswachstum der vergangenen 30 Jahre, die niedrigste Arbeitslosigkeit der vergangenen 30 Jahre.

(Abg. Linsler (DIE LINKE): Aha, dann loben Sie mal den Wirtschaftsminister, wenn das so stimmt!)

Das sind die realen Erfolge unserer harten Arbeit hier im Saarland. Das sind die realen Erfolge richtiger politischer Weichenstellungen. Das sind Erfolge, die die CDU für sich verbuchen kann.

(Anhaltender Beifall von der CDU.)

Die Saarländerinnen und Saarländer sehen sich somit in wenigen Wochen einer entscheidenden Frage gegenüber:

(Abg. Linsler (DIE LINKE): Richtig!)

Wem trauen sie zu - und wer hat das bewiesen -, auch dann, wenn es schwierig wird, Verantwortung zu übernehmen?

(Abg. Linsler (DIE LINKE): Aber nicht der CDU!)

Sie sehen sich auch der Frage gegenüber: Wer hat das beste Konzept für die Zukunft dieses Landes?

(Abg. Linsler (DIE LINKE): Nicht die CDU! - Weitere Zurufe: Abgewirtschaftet!)

Ich kann feststellen, dass diesbezüglich die Weichen in diesem Land gut gestellt worden sind. Wir müssen uns aber eben auch darauf einstellen, die Rahmenbedingungen für das, was uns derzeit stark macht - das ist die industrielle Basis, das ist diese Wirtschaftsstruktur -, so zu gestalten, dass diese Industrie, dass die Wirtschaft weiterhin wachsen kann. Dafür benötigen wir das entsprechende Kapital. Vor diesem Hintergrund haben wir ja beispielsweise beim Thema SaarLB auch gemeinsam die Weichen in die richtige Richtung gestellt. Das muss auch künftig vorangebracht werden.

Wir brauchen aber auch beim Thema Energie die richtigen Rahmenbedingungen. Ja, wir haben einen Masterplan Energie verabschiedet. Ich möchte dazu sagen, dass der Masterplan Energie, der von der Landesregierung verabschiedet wurde, auch vor

dem Hintergrund der industriellen Bedürfnisse dieses Landes vertretbar ist. Es handelt sich insoweit um einen Masterplan, der sich unterscheidet von dem, was ursprünglich vom Umweltministerium gedacht war; beim ursprünglichen Plan wären die Themen Energie und Industrie nämlich nicht miteinander in Einklang zu bringen gewesen. Nun gilt es, die Weichen so zu stellen, dass der Masterplan auch umgesetzt werden kann. Wir haben A gesagt, und jetzt müssen wir auch B sagen. Ich bin daher auch sehr dankbar, dass beispielsweise die RAG nun einen ersten Schritt in dieser Frage unternommen hat, dass sie hinsichtlich der Frage, wie man Bergbauflächen für die erneuerbaren Energien nutzen kann, einen wichtigen Schritt vorangegangen ist. Diesem Weg werden wir weiterfolgen.

Vor allem, meine sehr geehrten Damen und Herren, kommt es darauf an, den „Rohstoff“, den dieses Land künftig dringender als alle anderen brauchen wird, nämlich gut ausgebildete motivierte Menschen, im Land zu halten und ins Land zu holen. Diesbezüglich liegt ein großes Strategiepapier vor, erarbeitet mit allen, mit den Kammern und Verbänden, mit den Gewerkschaften; in diesem Papier wird die grundsätzliche Frage gestellt, wie wir dies sicherstellen können.

(Abg. Linsler (DIE LINKE): Jetzt plappert sie über die Gewerkschaft. Kommen Sie der Gewerkschaft doch mal entgegen: Mindestlohn! Keine Leiharbeit!)

Wir brauchen, um das genannte Ziel zu erreichen, in der Bildungspolitik den Schulfrieden, wie er nun erzielt werden konnte, nicht aber eine neue Strukturdebatte. Wir brauchen dafür, mit Blick auf die Hochschulen, eine starke Verzahnung von Wirtschaft und Wissenschaft. Wir müssen natürlich mit Blick auf unsere Haushaltslage alles daransetzen, die für die Hochschulen bereitgestellten Mittel so effektiv wie möglich einzusetzen und dabei auch die Entwicklungspotenziale zu erweitern. Und wir müssen dafür sorgen, dass das Saarland attraktiv ist.

(Abg. Linsler (DIE LINKE): Ihr habt es doch runtergewirtschaftet!)

Dafür ist es erforderlich, dass wir auch unsere Infrastruktur entsprechend aufstellen. Dies gilt natürlich mit Blick auf die Landeshauptstadt Saarbrücken,

(Abg. Linsler (DIE LINKE): Saarbrücken ist wichtig!)

aber eben auch für alle anderen Gebiete des Landes. Projekte wie die Nordsaarlandstraße oder die Straßenbauprojekte in Homburg sind eben auch von entscheidender struktureller Bedeutung für die Entwicklung dieser Räume. Auch für solche Projekte steht die CDU in diesem Land!

(Beifall von der CDU.)

(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Landtag löst sich heute auf. Dadurch wird der Weg frei gemacht für Neuwahlen am 25. März. Damit haben es die Wählerinnen und Wähler in diesem Land in der Hand zu entscheiden, wer das Land regieren soll, in welcher Konstellation das Land regiert werden soll. Ich kann für diese Landesregierung und auch für die sie tragende Partei, für meine Partei, die CDU, und für die CDU-Fraktion in diesem Hause feststellen: Wir haben in der Vergangenheit Verantwortung getragen, und wir haben eine klare Linie, ein klares Programm für die Zukunft. Mit diesem Programm, mit den aufgezeigten Visionen für die Zukunft, stellen wir uns den Wählerinnen und Wählern. - Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall von der CDU.)

Präsident Ley:

Für die Fraktion DIE LINKE hat nun das Wort Herr Fraktionsvorsitzender Oskar Lafontaine.

Abg. Lafontaine (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schlecht, dass die Regierung hier endlos Redezeit hat und die Fraktionen gerade mal 14 Minuten oder so. Man kann daher gar nicht auf alle Argumente eingehen. Dies ist aber doch die Stunde des Parlaments, denn die Regierung entscheidet ja nicht über die Auflösung des Landtages!

(Zurufe von der CDU.)

Ich möchte nun aber zunächst in aller Kürze etwas zum Beitrag der Ministerpräsidentin sagen. Ich muss feststellen, dass sie ein ganz anderes Amtsverständnis hat, was den Bundesrat angeht; sie hat dazu ja eben hier mit Tremolo in der Stimme vorgetragen. Was glauben Sie denn, Frau Ministerpräsidentin: Wäre es nicht Ihre Aufgabe, im Bundesrat für den Mindestlohn einzutreten, angesichts der Hungerlöhne, die hier an der Saar gezahlt werden? Was ist es nur für ein absurdes Amtsverständnis, das Sie haben!

(Beifall und zustimmende Zurufe von der LINKEN.)

Was denken Sie eigentlich angesichts der Leiharbeits- und der Werkverträge, die jetzt abgeschlossen werden? Ich habe es doch eben dargestellt: Es werden, insbesondere in der Nahrungsmittelbranche, Arbeitnehmer für 4 oder 5 Euro pro Stunde eingesetzt. Und Sie sagen mir, unsere diesbezüglichen Anträge seien Schwantrüge! Was ist es nur für ein Verständnis von Sozialpolitik, das Sie haben!

(Beifall von der LINKEN.)

Glauben Sie etwa, wir hätten, als wir uns im Bundesrat dafür eingesetzt haben, die Teilentschuldung in der Größenordnung von vielen Milliarden D-Mark

durchzusetzen, nicht Interessen des Landes durchgesetzt? Das ist übrigens auch unfair in Ihrer Argumentation, Herr Kollege Meiser: Sie haben ja recht, dass wir aufgrund des Drucks der anderen Länder Personal einsparen mussten. Sie verschweigen aber, dass wir dabei für dieses Land Milliarden durchgesetzt haben! Das ist eine Größenordnung, von der Sie nur träumen können! An dieser Stelle sind Sie ja völlig unfähig.

(Beifall und zustimmende Zurufe von der LINKEN.)

Das zu dem, was Sie hier gesagt haben. - Es ist aber ja auch interessant, dass weder Sie noch die Ministerpräsidentin etwas zur Haushaltsentwicklung gesagt haben. Nachher wird wohl der Finanzminister noch etwas dazu sagen, und man kann dann wieder nicht darauf eingehen. Das finde ich absolut unfair!

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Ich habe hier schon Zahlen genannt - warum haben Sie dazu noch nicht Stellung genommen? Diese Zahlen zeigen deutlich, dass Sie keinen Plan haben, die Sanierung des Landes auf den Weg zu bringen, den die - -

(Abg. Theis (CDU): Wir haben das doch schon bei den Haushaltsberatungen vorgelegt, Herr Lafontaine!)

Ich sage Ihnen: Sie haben keinen Plan, mit dem Sie die Sanierung des Landes auf den Weg bringen könnten. Sie haben keinen!

(Zurufe der Abgeordneten Linsler (DIE LINKE) und Theis (CDU).)

Nun hat der Kollege Maas gesagt, auch das möchte ich hier aufgreifen, dass man pro Jahr 60 bis 70 Millionen Euro einsparen muss.

(Abg. Theis (CDU): Das haben wir doch in der Haushaltsdebatte diskutiert.)

Bedeutet das, dass die SPD davon ausgeht, binnen fünf Jahren 300 bis 350 Millionen Euro einsparen zu müssen? Dieser Frage muss man sich doch einmal stellen! Und Sie sagen, 130 Millionen reichten.

(Weiterer Zuruf des Abgeordneten Theis (CDU).)

Das ist doch ein gewaltiger Unterschied. Ich möchte nun den Kollegen Maas noch einmal bitten - -

(Anhaltende Unruhe.)

Wenn er sagt - - Schreien Sie doch nicht einfach durcheinander! Herr Präsident, vielleicht könnte man - -

Präsident Ley:

Kolleginnen und Kollegen, das Wort hat unser Kollege Oskar Lafontaine.

(Präsident Ley)

(Beifall von der LINKEN.)

Abg. Lafontaine (DIE LINKE):

Der Kollege Maas spricht von 60 bis 70 Millionen - das ist ja eine Zahl, über die man diskutieren kann. Sie dagegen sagen etwas ganz anderes.

(Minister Jacoby: Nein, nein.)

Ich will einmal einen Blick auf das Wahlprogramm der SPD werfen. Dort sagte sie: Erstens wollen wir einen Entschuldungsfonds für die Gemeinden; zweitens wollen wir Landesprogramme für den Arbeitsmarkt; drittens wollen wir Ganztagschulen, die diesen Namen verdienen; viertens wollen wir kleinere Klassen; fünftens wollen wir weniger Unterrichtsausfall; sechstens wollen wir den Erhalt kleiner Schulen. Das sind alles große Mehrausgaben, Herr Kollege Maas! Das war der Grund, warum Sie sich nicht mit der CDU verständigen konnten. Das muss vor der Wahl klargestellt werden, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall von der LINKEN. - Zuruf des Abgeordneten Meiser (CDU).)

Kollege Meiser, die Vermögenssteuer wird sowieso kommen. Sie werden Ihr Wort also auch an der Stelle fressen müssen. - Die Vermögenssteuer ist eine Ländersteuer. Ich will es Ihnen noch einmal vorrechnen. Wenn wir eine Vermögenssteuer von 20 Milliarden Euro hätten, ginge es, wenn wir es auf die Bevölkerung herunterrechnen, um einen Betrag von 200 Millionen. Wenn wir eine Vermögenssteuer von 30 Milliarden hätten, ginge es um einen Betrag von 300 Millionen. Dieser Weg ist viel besser, als Tausende von Stellen im öffentlichen Dienst abzubauen!

(Beifall von der LINKEN.)

Ich sage es Ihnen noch einmal, selbst wenn Sie das nicht begreifen wollen, meine Damen und Herren: Das Finanzvermögen der Millionäre in Deutschland ist größer als die gesamte Staatsverschuldung. Da brauchen Sie bei der CDU gar nicht zu grinsen. Wenn Sie nicht die Reichen heranziehen, sondern stattdessen sichere Arbeitsplätze hier im Lande abbauen, ist das eine Sauerei! Das wollen wir als Partei DIE LINKE in aller Klarheit hier feststellen.

(Beifall von der LINKEN. - Zurufe des Abgeordneten Theis (CDU).)

Wir haben im öffentlichen Dienst in einem Umfang Arbeitsplätze abgebaut, dass es mittlerweile - schreien Sie nicht ständig dazwischen, Herr General, mit Verlaub - in ganz Deutschland weniger Arbeitsplätze gibt als allein in Westdeutschland vor der Vereinigung. Das ist der Sachverhalt! Diese Entwicklung ist nicht weiter vertretbar.

Ich bitte Sie auch um Präzision. Sie sprechen von 20 Prozent Bevölkerungsrückgang und sagen, wir

haben 24.000 Vollzeitstellen. Wenn Sie das umsetzen, müssten Sie 4.800 Stellen abbauen. Das muss man einmal laut sagen. Sie müssen sich Klarheit darüber verschaffen, was Sie eigentlich wollen.

Ich fasse zusammen, meine sehr geehrten Damen und Herren: Frau Ministerpräsidentin, setzen Sie mal irgendetwas im Interesse der Saarbevölkerung im Bundesrat durch, dann sind wir die Ersten, die Sie dafür loben. Ich prophezeie hier: Die Große Koalition wird nicht funktionieren, wenn sie denn zustande kommt, aufgrund der inneren Widersprüche, die ich hier noch einmal deutlich gemacht habe.

(Anhaltender lebhafter Beifall von der LINKEN.)

Präsident Ley:

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir uns im Erweiterten Präsidium gemeinsam darauf verständigt haben, ein Redezeitgrundmodul für die Aussprache anzusetzen.

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE): Was ist mit der Redezeit der Regierung?)

Innerhalb dieses Redezeitgrundmoduls hat die Regierung 20 Minuten Redezeit, davon hat sie bisher 14 Minuten und 30 Sekunden wahrgenommen, das heißt, sie bewegt sich im Rahmen der Vereinbarung. Die GRÜNE-Fraktion hätte jetzt noch 1 Minute 39 Sekunden Redezeit; sie überträgt diese Zeit der FDP-Fraktion,

(Oh-Rufe von der SPD und der LINKEN. - Sprechen)

die noch 47 Sekunden hat, sodass jetzt der Kollege Karl-Josef Jochem 2 Minuten und 20 Sekunden Redezeit hat. Ich erläuterte das so ausführlich, damit wir nicht über Formalien in Streit geraten. - Das Wort hat nun Herr Kollege Karl-Josef Jochem.

Abg. Jochem (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will die Redezeit nutzen, um erneut etwas richtigzustellen. Ich hatte das eigentlich nicht vor, aber die Frau Ministerpräsidentin hat Dinge gesagt, auf die ich etwas entgegenen will. Es wird nicht wahrer, wenn Sie es noch zehnmal wiederholen. Ich bleibe bei der Wahrheit, weil ich ein wahrheitsliebender Mensch bin.

Diese Koalition hat gut funktioniert, und es gibt keine einzige Abstimmungsniederlage bei Gesetzentwürfen, Anträgen oder dergleichen. Keine einzige! Wenn dies so nicht stimmt, hätten Sie, Frau Ministerpräsidentin, die Gelegenheit, das hier klarzustellen. Wir sind der Garant gewesen für Verlässlichkeit,

(Sprechen)

obwohl wir in unseren Reihen Probleme hatten, das habe ich auch schon einmal gesagt. Aber in der Sa-

(Abg. Jochem (FDP))

che gab es nie eine große inhaltliche Auseinandersetzung. Wir stehen zur Schuldenbremse, wir stehen zur Haushaltskonsolidierung; wir stehen zu all diesen Dingen, auch in der Zukunft. Wir stehen für Verlässlichkeit und Ausgeglichenheit. Wir haben oftmals auch vermittelt, wenn es um politische Themen ging. Es ist ja auch gut so, dass man in einer Koalition, in einem Dreierbündnis, immer wieder den Zusammenhalt findet. Und das hat immer wieder geklappt. Die FDP-Fraktion hatte einen wesentlichen Anteil daran, dass die Dinge, die wir im Koalitionsvertrag vereinbart hatten, auch so umgesetzt wurden.

(Beifall von der FDP.)

Ich kann Ihnen sagen: Unter einem Ministerpräsidenten Peter Müller hätte diese Koalition auch weiter Bestand gehabt.

(Beifall von der FDP.)

Wir haben - und das spricht für die Verlässlichkeit dieser FDP-Fraktion - selbstverständlich den ehemaligen Ministerpräsidenten Peter Müller im Bundesrat zum Richter am Bundesverfassungsgericht mitgewählt. Das war für uns eine Selbstverständlichkeit, so haben wir unsere Aufgabe als Koalitionspartner aufgefasst in einer Koalitionsregierung, die vieles auf den Weg gebracht hat und die auch in der Zukunft vieles hätte auf den Weg bringen können. Deswegen lasse ich die Aussage der Ministerpräsidentin so nicht stehen. Das kann sie noch zehnmal wiederholen, das wird nicht richtiger. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall von der FDP.)

Präsident Ley:

Das Wort hat der Finanzminister Peter Jacoby. Er hat noch eine Redezeit von 5 Minuten und 30 Sekunden.

Minister Jacoby:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Lafontaine, Sie gehen ans Rednerpult, greifen die Regierung an, stellen Fragen, und dann wundern Sie sich, dass die Ministerpräsidentin oder ich mich zu Wort melden und auf die Dinge eingehen.

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE): Es ging mir um den Zeitrahmen.)

Selbstverständlich bleiben wir im Zeitrahmen. Wir haben 15 Minuten gesprochen und sprechen jetzt noch weitere 5 Minuten. Ich versuche es ganz ruhig.

Zweite Bemerkung. Sie haben eben gesagt, es sei unfair, nicht darauf hinzuweisen, dass Ihr Sparprogramm von damals ja die Folge gewesen sei davon, dass Sie die Teilentschuldung durchgesetzt haben.

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE): Es war die Voraussetzung.)

Das war die Voraussetzung. - Die Voraussetzung für die 2,3 Milliarden Euro, die wir ebenfalls als Teilentschuldung durchgesetzt haben, ist die Schuldenbremse gewesen. Und die Voraussetzung dafür, dass wir jedes Jahr die entsprechende Rate dieser 2,3 Milliarden bekommen, ist das Einhalten der Schuldenbremse. So einfach sind die Zusammenhänge. Insofern ist die Ausgangslage für Sie damals zunächst einmal keine andere gewesen als für uns heute.

In der letzten Sitzung des Landtages, bei der Generaldebatte, haben Sie die politische Position vertreten, der öffentliche Dienst im Saarland sei aufgebläht, die Personalkosten seien zu hoch, es sei geaast worden. Heute dagegen sagen Sie: Es darf sich nichts, aber auch gar nichts ändern.

(Beifall von der CDU. - Abg. Lafontaine (DIE LINKE): Das soll ich gesagt haben? (lacht.))

Das ist ein Widerspruch, der so in sich zusammenfällt, dass Sie selbst lachen müssen, weil Sie durchschaut sind.

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE): Sie sagen etwas Falsches. - Zuruf von der LINKEN: Das ist Volksverdummung.)

In der Tat: Das ist Volksverdummung.

(Abg. Schumacher (DIE LINKE): Das, was Sie sagen, ist Volksverdummung.)

Dritte Bemerkung. Sie versuchen, einen Widerspruch zu konstruieren zu der Argumentation des Kollegen Maas und zu den Zahlen, die ich im Sanierungsprogramm vorgelegt habe. Er spricht von 65 Millionen pro Jahr, im Sanierungsprogramm stehen für das Jahr 2014 zu konkretisierende Sanierungsmaßnahmen von 28 Millionen, die 2015 aufwachsen auf 139 Millionen und 2016 aufwachsen auf 260 Millionen. Das heißt, vom Ausgangspunkt heute in der Kumulation im Jahr 2016 sind es 260 Millionen, die auf dieser Wegstrecke auf der Ausgabenseite einzusparen sind.

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE): Nein, das ist völlig falsch.)

Nein, das ist völlig richtig! Diese Zahlen sind abgestimmt mit dem Stabilitätsrat. Und ich stehe für die ordnungsgemäßen Zahlen ein, die dort hinterlegt worden sind!

(Beifall bei der CDU.)

Ich stehe dafür ein, Sie nicht. Sie befassen sich nicht mit den Details und reden hier dummes Zeug und wiegeln die Öffentlichkeit auf. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(Minister Jacoby)

(Beifall bei der CDU. - Abg. Lafontaine (DIE LINKE): Das ist rotzfrech! Sie verstehen das nicht.)

Wenn man die Haushaltsjahre 2013, 2014, 2015 und 2016 zu bearbeiten hat, und wenn man weiß, dass auf dieser Wegstrecke 260 Millionen Euro an Entlastungspotenzial darzustellen sind, was schwer ist, und was ambitioniert ist, dann muss man eine Durchschnittsgröße jahresbezogen bilden. Das sind rund 65 Millionen Euro pro Jahr. Das ist und bleibt die richtige Zahl, nichts anderes, Herr Lafontaine.

(Beifall bei der CDU. - Abg. Linsler (DIE LINKE): Macht er das absichtlich oder weiß er es nicht?)

Meine Damen und Herren, die Schuldenbremse muss auf der Basis des geltenden Rechts organisiert werden, auch auf der Basis des geltenden Steuerrechts. Da kann man sagen, das passt uns nicht. Da kann man sagen, das muss alles verändert werden. Nur, wir werden daran gemessen, die Haushaltsprobleme des Landes auf der Basis des geltenden Rechts zu bewerkstelligen. Da sage ich, Ihr Kurs, propagandistisch Forderungen zu erheben, die nicht durchsetzbar sind - auch nicht auf der Ebene des Bundesrates -, führt dazu, dass wir uns aus der bundesstaatlichen Gemeinschaft ausklinken, dass wir uns nicht mehr auf das bündische Prinzip beziehen können und dass wir denen Tür und Tor öffnen, die ohnehin Front gegen die Nehmerländer machen. Gleichzeitig verlieren wir vor dem Bundesverfassungsgericht jeden Kredit und diskreditieren unsere bisher seriöse Positionierung in diesen Fragen.

Das ist Ihnen alles egal. Ihr politischer Kurs ist der, dass Sie jede einzelne Sparmaßnahme von der Polizeireform angefangen

(Abg. Linsler (DIE LINKE): Falsch!)

bis hin zu den Punkten, bei denen Sie noch vor drei Wochen gesagt haben, da liegen wir über dem westdeutschen Flächendurchschnitt - -

Präsident Ley:

Herr Kollege Jacoby, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Minister Jacoby:

Alles diskreditieren Sie und wiegeln die Öffentlichkeit auf.

(Abg. Linsler (DIE LINKE): S i e wiegeln sie auf!
- Abg. Enschede (DIE LINKE): S i e wiegeln auf!)

Das wird Ihnen nicht durchgehen. Wer das macht, spielt mit der Existenz des Landes, nichts anderes.

(Anhaltender Beifall bei der CDU.)

Präsident Ley:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Gemäß Artikel 69 ist der Landtag aufgelöst, wenn er dies mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder beschließt. Wir kommen zur Abstimmung. Vonseiten der FDP-Landtagsfraktion ist gemäß § 69 Landtagsgesetz namentliche Abstimmung beantragt. Ich darf die Schriftführerinnen bitten, die Namen der Abgeordneten aufzurufen.

(Namentliche Abstimmung)¹

Ist ein Mitglied des Hauses nicht aufgerufen worden? - Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Stimmabgabe und bitte die Schriftführerin, mir das Abstimmungsergebnis zu übermitteln.

(Die Schriftführerinnen zählen die Stimmen aus.)

Ich gebe das Ergebnis bekannt. Es sind 51 Stimmen abgegeben worden, davon 47 Ja-Stimmen. Ich stelle fest, dass der Antrag auf Auflösung des Landtages mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen ist.

Wir kommen zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Erste und Zweite Lesung des von der CDU-Landtagsfraktion, der SPD-Landtagsfraktion, der DIE LINKE-Landtagsfraktion, der FDP-Landtagsfraktion und der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion eingebrachten Gesetzes zur Änderung des Landtagswahlgesetzes (Drucksache 14/686)

Zur Begründung erteile ich Klaus Meiser das Wort. Herr Fraktionsvorsitzender, bitte schön.

Abg. Meiser (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Verfassungsgerichtshof des Saarlandes hat mit Urteil vom 29. September 2011 festgestellt, dass die bei der Wahl zum 14. Landtag des Saarlandes verwandten amtlichen Stimmzettel nicht den gesetzlichen Anforderungen entsprechen. Auch wenn das nicht als Wahlfehler, der erheblich für die Gültigkeit der Wahl war, gewertet worden ist, sind wir dennoch gehalten, dies nachzubessern. Der Verfassungsgerichtshof hat die Kriterien der Wahlfreiheit und Wahlgleichheit sowie das Recht auf Chancengleichheit der Wahlvorschlagsträger und Wahlbewerber mit Blick auf die Ausgestaltung des Stimmzettels konkretisiert. Diesen Vorgaben des Verfassungsgerichtshofes tragen wir mit der heute zur Beschlussfassung anstehenden Änderung des Landtagswahlgesetzes Rechnung.

¹ Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage bei

(Abg. Meiser (CDU))

Es besteht Einvernehmen, dass wir dieses Gesetz mit Blick auf die in 60 Tagen stattfindenden Landtagswahlen heute in Erster und Zweiter Lesung verabschieden wollen. - Vielen Dank.

Präsident Ley:

Ich eröffne die Aussprache. Ich bitte darum, Wortmeldungen frühzeitig abzugeben. - Das Wort hat Frau Abgeordnete Claudia Willger.

Abg. Willger (B 90/GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach Aufkündigung der Koalition haben wir GRÜNE uns direkt für Neuwahlen ausgesprochen. Von daher haben wir dem Antrag vorhin mit zugestimmt und den Weg für Neuwahlen freigemacht.

Der Gesetzentwurf, über den wir jetzt zu beraten haben, ist ganz kurzfristig zustande gekommen. Es wurde ganz kurzfristig festgestellt, dass noch ein Regelungsbedarf besteht. Ich habe bereits in der Sitzung des Erweiterten Präsidiums deutlich gemacht, dass die Terminierung der Wahl und die jeweiligen Abläufe aufgrund eines gemeinsamen Antrages beziehungsweise eines Antrages, der zwischen CDU und SPD abgesprochen war, zustande gekommen sind. Wir sind nicht gegen diesen Antrag, sondern unterstützen ihn im Grundsatz, haben aber auf der anderen Seite deutlich gemacht, dass dadurch ein sehr enger Zeitplan entsteht. Wenn dieser Zeitplan sehr eng ist, dann macht er das eine oder andere fehleranfälliger. Und Fehler, die bei diesen Vorgängen entstehen, führen oft dazu, dass es zu Anfechtungen von Wahlergebnissen vor dem Verfassungsgerichtshof kommt. Das ist eine Sache, die wir erst in der letzten Legislaturperiode erfahren mussten. Wenn es zu Fehlern kommt, schaffen Neuwahlen keine stabilen Verhältnisse. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich etwas klarstellen: Für diesen Zeitplan und die mögliche Fehleranfälligkeit möchten wir GRÜNE nicht die politische Verantwortung übernehmen, auch wenn wir den Antrag unterstützen und entsprechend abgestimmt haben. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall.)

Präsident Ley:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Klaus Meiser.

Abg. Meiser (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man kann den Eindruck nicht stehen lassen, als wären Fristen willkürlich gewählt worden und als müsse alles sehr schnell gehen. Folgendes ist deutlich zu machen: Das, was wir hier machen und was es an Fristen gibt, ergibt sich aus der Verfassung und den Wahlgesetzen. Frau Willger, in diesem Fall müssten

Sie die Gesetze ändern. Ob sich der Landtag heute auflöst oder in acht Wochen - alle Ortsverbände dürfen erst ihre Vertreter wählen, nachdem sich der Landtag aufgelöst hat.

Die Fristen sind ebenso kurz. Das heißt, Sie müssen im Rahmen der 60-Tage-Frist nach Auflösung des Landtages in den Verbänden veranlassen, dass die Vertreter gewählt werden und dann ihre Wahlkreislisten und ihre Landesliste aufstellen. Das ist vom Gesetz und von der Verfassung so vorgegeben. Daran halten wir uns. Was daran kritikwürdig ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Wenn verfassungskonform gehandelt wird, halte ich es nicht für klug, es einerseits im Präsidium zu besprechen und andererseits von hier aus die Menschen zu verunsichern.

Wir lösen heute den Landtag auf. Nach der Verfassung sind in 60 Tagen Wahlen. Die Fristen sind so vorgegeben; die halten wir ein. Zugegebenermaßen ist das für alle Parteien nicht einfach. Dem müssen wir uns aber jetzt stellen. - Vielen Dank.

(Beifall.)

Präsident Ley:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Annahme der Drucksache 14/686 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf Drucksache 14/686 in Erster Lesung einstimmig, mit den Stimmen aller anwesenden Abgeordneten, angenommen ist.

In der heutigen Sitzung soll auch die Zweite Lesung durchgeführt werden. Nach § 33 Abs. 3 der Geschäftsordnung dürfen die zur Verabschiedung einer Gesetzesvorlage erforderlichen Lesungen nicht in einer Sitzung und nicht am selben Tag stattfinden. Abweichungen von dieser Vorschrift kann der Landtag gemäß § 83 Landtagsgesetz mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden Abgeordneten im Einzelfall beschließen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, dass in der heutigen Sitzung die Zweite Lesung des Gesetzentwurfes durchgeführt wird, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass die erforderliche Zweidrittelmehrheit erreicht ist und der Gesetzentwurf in der heutigen Sitzung in Zweiter Lesung beraten wird.

Von daher eröffne ich noch einmal die Aussprache. - Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 14/686. Wer für die Annahme des

(Präsident Ley)

Gesetzentwurfes in Zweiter und letzter Lesung ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf Drucksache 14/686 in Zweiter und letzter Lesung einstimmig, bei Zustimmung aller anwesenden Abgeordneten, angenommen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende der heutigen Sitzung angelangt. Ich schließe unsere Sitzung.

Anlage

Namentliche Abstimmung

Tagesordnungspunkt 1: Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion und der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag auf Auflösung des Landtages gemäß Artikel 69 der Verfassung des Saarlandes (Drucksache 14/685)
(Seite **2317** des Plenarprotokolls)

1. Abg. Becker, Günter (CDU)	Ja
2. Abg. Biendel, Silke (SPD)	Ja
3. Abg. Prof. Dr. Bierbaum, Heinz (DIE LINKE)	Ja
4. Abg. Commerçon, Ulrich (SPD)	Ja
5. Abg. Eder-Hippler, Elke (SPD)	Ja
6. Abg. Enschedel, Dagmar (DIE LINKE)	Ja
7. Abg. Georgi, Ralf (DIE LINKE)	Ja
8. Abg. Hans, Tobias (CDU)	Ja
9. Abg. Dr. Hartmann, Christoph (FDP)	Enthaltung
10. Abg. Heib, Dagmar (CDU)	Ja
11. Abg. Heinrich, Günter (CDU)	Ja
12. Abg. Hinschberger, Horst (FDP)	Enthaltung
13. Abg. Huonker, Birgit (DIE LINKE)	Ja
14. Abg. Jacoby, Peter (CDU)	Ja
15. Abg. Jene, Hans Gerhard (CDU)	Ja
16. Abg. Jochem, Karl-Josef (FDP)	Enthaltung
17. Abg. Jost, Reinhold (SPD)	Ja
18. Abg. Dr. Jung, Magnus (SPD)	Ja
19. Abg. Kolb, Gisela (SPD)	Ja
20. Abg. Kramp-Karrenbauer, Annegret (CDU)	Ja
21. Abg. Kugler, Heike (DIE LINKE)	Ja
22. Abg. Kühn, Christoph (FDP)	Enthaltung
23. Abg. Kuhn-Theis, Helma (CDU)	Ja
24. Abg. Kütten, Edmund (CDU)	Ja
25. Abg. Lafontaine, Oskar (DIE LINKE)	Ja
26. Abg. Ley, Hans (CDU)	Ja
27. Abg. Linsler, Rolf (DIE LINKE)	Ja
28. Abg. Maas, Heiko (SPD)	Ja
29. Abg. Meiser, Klaus (CDU)	Ja
30. Abg. Pauluhn, Stefan (SPD)	Ja
31. Abg. Rauber, Karl (CDU)	Ja
32. Abg. Rehlinger, Anke (SPD)	Ja
33. Abg. Ries, Isolde (SPD)	Ja
34. Abg. Rink, Gisela (CDU)	Ja
35. Abg. Roth, Eugen (SPD)	Ja
36. Abg. Scharf, Hermann-Josef (CDU)	Ja
37. Abg. Schmidt, Volker (SPD)	Ja
38. Abg. Schmitt, Markus (B 90/GRÜNE)	Ja
39. Abg. Schmitt, Christian (CDU)	Ja
40. Abg. Schmitt, Thomas (CDU)	Ja
41. Abg. Schnitzler, Lothar (DIE LINKE)	Ja
42. Abg. Schramm, Astrid (DIE LINKE)	Ja
43. Abg. Schumacher, Wolfgang (DIE LINKE)	Ja
44. Abg. Spaniol, Barbara (DIE LINKE)	Ja
45. Abg. Theis, Roland (CDU)	Ja
46. Abg. Toscani, Stephan (CDU)	Ja
47. Abg. Ulrich, Hubert (B 90/GRÜNE)	Ja
48. Abg. Ulrich, Egbert (CDU)	Ja
49. Abg. Waluga, Günter (SPD)	Ja
50. Abg. Wegner, Bernd (CDU)	Ja
51. Abg. Willger, Claudia (B 90/GRÜNE)	Ja

Zusammenstellung:

Abgegebene Stimmen:	51
Davon Ja:	47
Davon Nein:	-
Davon Enthaltungen:	4